

# Weiss warnt vor derzeitigem Gasembargo gegen Russland

**Politik** Bei der Vorstandssitzung der CDU-Kreisverbände VS und Tuttlingen ging es um die Folgen des Ukrainekrieges und auch um den Förderstopp für kleine Wasserkraftwerke.

Der Krieg in der Ukraine mit all seinen negativen Folgen auch auf das tägliche Leben in Deutschland stand im Blickpunkt der Vorstandssitzung der CDU-Kreisverbände Schwarzwald-Baar und Tuttlingen. Zu der Sitzung hatten die Kreisvorsitzenden Maria-Lena Weiss und Thorsten Frei mit ihren Kreisgeschäftsführern Uli Braun und Tanja Hall ins Vereinsheim des FC Pfohren eingeladen.

Neu im Bundestag, ist Maria-Lena Weiss Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie geworden. Die Arbeit des Ausschusses ist nun von der noch hohen Abhängigkeit Deutschlands von russischem Öl und Gas geprägt. „Ich glaube nicht, dass Deutschland wirtschaftlich mit einem Gasembargo gut klarkommen würde. Noch sind die Lieferungen aus Russland existenziell“, sagte Weiss. Unter Hochdruck werde an alternativen Lieferungen gearbeitet. Bis dahin sollten zur Energiesicherheit laut

Weiss unbedingt die übrigen drei Kernkraftwerke am Netz bleiben und nicht zum Jahresende planmäßig abgeschaltet werden. Gleichzeitig rechnet Weiss angesichts der Knappheit von Öl und Gas mit weiter steigenden Preisen. Zur Arbeit der Ampel-Koalition meinte sie, dass diese leider vielfach konzeptionslos wirke. Kritik übten Weiss und Frei auch an der Reform des Erneuerbare-Energie-Gesetzes in Form des „Osterpakets“ von Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck. Ihr größter Kritikpunkt ist der geplante Förderstopp für die in der Region vielfach bestehenden kleinen Wasserkraftwerke aus ökologischen Gründen. „Dass man den kleinen Wasserkraftbetreibern, die Strom für rund eine Million Haushalte beständig liefern, nun buchstäblich das Wasser abgraben will, ist nicht nachzuvollziehen“, meinte Weiss. Thorsten Frei ergänzte: „Die Wasserkraft wird schon seit einigen hundert Jahren genutzt und soll nun aus-

gerechnet dann verunmöglicht werden, wenn wir auf alle Stromquellen angewiesen sind.“

„Wir müssen unsere Arbeit neu aufbauen.“

Frei ging in seinem Bericht aus Berlin nochmals auf die CDU-Niederlage bei der Bundestagswahl 2021 und auf die Veränderungen für die Partei und die Bundestagsfraktion ein. „Wir mussten unsere Arbeit neu aufbauen, unter anderem mit einer erstmaligen Urwahl eines neuen Vorsitzenden. Hinzu kam die Wahl von Friedrich Merz zum Fraktionsvorsitzenden. Letztendlich wird über die Arbeit einer Partei aber bei Wahlen entschieden, und die haben wir in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen deutlich gewonnen.“ Von den Ankündigungen zur Zeitenwende des Kanzlers im Bundestag sei nach dem

Ausbruch des Krieges in der Ukraine nicht viel übrig geblieben, so Frei. Die SPD unter Kanzler Scholz blockiere in militärischen Fragen, wie sie es auch in den vergangenen Jahren in der Koalition getan habe. Dies sei unverständlich, zumal der russische Präsident sämtliche Verträge gebrochen habe und eine bessere Verteidigung des Landes dringend geboten sei. Keine Antwort gebe die Regierung auf die höchste Inflation seit 40 Jahren.

Der Landtagsabgeordnete Guido Wolf sprach mit Blick auf die Regierungsarbeit in Stuttgart von politisch sehr fordernden Jahren: „Wir müssen angesichts der steigenden Energiepreise aufpassen, dass es deswegen keine sozialen Spannungen im Land gibt. Generell forderte Wolf, dass „wir wieder schneller werden. Nichts ärgert die Bürger mehr, als wenn Dinge nicht mehr zeitnah umgesetzt werden“. Der Ausbau der regenerativen Energiegewinnung erfolge beispielsweise viel zu langsam. *eb*